

Pressemitteilung

17. Mai 2019

Prognos-Studie

Heils Respektlosrente führt zu systematischer Ungerechtigkeit

Berlin – Einer zahlt mehr Beiträge in die Rentenkasse als ein Anderer ein, bekommt aber dennoch weniger Rente raus. Eigentlich ist das in unserem Rentensystem unmöglich. Das Äquivalenzprinzip sorgt bisher dafür, dass die, die mehr einzahlen, hinterher auch mehr Rente bekommen. Die aktuellen SPD-Rentenpläne sollen das ändern. Rentnerinnen und Rentner, die die sogenannte „Respekt“-Rente bekommen, würden teilweise mehr Rente bekommen als Rentner, die sich ihre gesetzliche Altersvorsorge selbst erarbeitet haben. Das zeigen Berechnungen des **Prognos-Instituts** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**.

Ein Beispiel: Wer 35 Jahre lang arbeitet und dabei einen Lohn in Höhe von 80 Prozent des Durchschnittslohns verdient, zahlt nach derzeitiger Gesetzeslage insgesamt Rentenbeiträge in Höhe von 186.400 Euro (zu aktuellen Preisen) ein und kann dafür mit einer monatlichen Rente in Höhe von 897 Euro rechnen. Eine gleichhohe Rente soll nach SPD-Plänen ein Rentner bekommen, der in 35 Jahren halb so viel gearbeitet (oder verdient) hat und so nur 93.200 Euro in die Rentenkasse eingezahlt hat. Ein Rentner, der 93.900 Euro eingezahlt hat, dafür aber nur 33 Jahre als Beitragszeiten vorweisen kann, bekäme keine Aufstockung und würde weiterhin nur 448 Euro Rente bekommen.

Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM, hält das Konstrukt von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) für ungerecht: „Unsere gesetzliche Altersvorsorge lebt von dem Versprechen, dass sich die Höhe der Auszahlung an der Höhe der Einzahlung orientiert. Wer mehr einzahlt, bekommt mehr raus. Es kann nicht sein, dass durch die Launen eines Arbeitsministers plötzlich manchen Rentnern die Rente verdoppelt wird, während andere nicht in den Genuss solcher Wahlgeschenke kommen. Da die Auszahlung dieses Milliarden-Geschenks nicht einmal von der geprüften Bedürftigkeit abhängig gemacht wird, landet der allergrößte Teil des Geldes absehbar bei Menschen, die gar nicht von Altersarmut bedroht sind.“

Auch an der geplanten Finanzierung gibt es Kritik. Prognos-Studienleiter **Dr. Oliver Ehrentraut**: „Wenn schon Grundrente, dann sollte sie aus Steuermitteln finanziert werden. Die offenbar geplante Querfinanzierung über Beitragsmittel aus der Kranken- und Arbeitslosenversicherung entspricht nicht der Systematik der Sozialversicherungen.“

Die vollständige Studie mit weiteren Rechenbeispielen finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de